

# Klares NEIN zur Lehrplan-Initiative

Von Anna-Katharina Zenger

Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 76,7 Prozent hat die Stimmbevölkerung des Kantons Bern am 4. März die Initiative «Lehrpläne vors Volk» abgelehnt. Bildung Bern freut sich sehr über das deutliche Resultat. So bleibt der Weg frei für die Einführung des Lehrplans 21 und für die verlässliche Weiterentwicklung der Schule.



Schon früh war am Abstimmungssonntag klar, dass die Lehrplan-Initiative vor dem Volk keine Chance haben würde. Bereits die ersten Hochrechnungen sagten eine Ablehnung mit drei Viertel Nein-Stimmen voraus. Mit dieser Deutlichkeit hatte Bildung Bern nicht gerechnet.

Nun kann der Weg, der 2009 mit dem Beitritt zum Harmonisierkonkordat gutgeheissen wurde, weiter beschritten werden. Der Kanton Bern bleibt Teil des Konkordats. Die Harmonisierung der Kantone kann verbessert werden. Dies kommt der Mobilität im Erwerbsleben und den veränderten Lebensbedingungen von Familien entgegen. Wirtschaftsverbände hatten während der Kampagne auf die wirtschaftliche Bedeutung der Harmonisierung hingewiesen und darauf, dass die Kompetenzorientierung in der Berufsbildung längst Einzug gehalten hat.

## Bisher alle Kantone für Lehrplan 21

Im Kanton Zürich gelangte ebenfalls am 4. März 2018 die Volks-

initiative «Lehrplan vors Volk» zur Abstimmung. Sie verfolgte das gleiche Ziel wie ihr Berner Pendant. Auch diese Initiative wurde mit 76,4 Prozent Nein-Stimmen, deutlich verworfen. Die vom Volk beschlossene Harmonisierung wird also in sämtlichen Kantonen, in denen über eine Initiative gegen den Lehrplan 21 abgestimmt wurde, mitgetragen: AI, AG, BE, SO, SG, SH, TG, ZH. Weil die Volksschule in der Zuständigkeit der Kantone liegt, kann allerdings von einer Gleichschaltung keine Rede sein. Die kantonalen Unterschiede werden aber durch das gemeinsame Dach des Lehrplans verringert. So wird zum Beispiel die Entwicklung von Lehrmitteln koordiniert und erleichtert. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, Inhalte, Ziele und Studententafeln werden angeglichen.

## Ruhe in die Schule

Auch die weiteren Argumente des breit abgestützten NEIN-Komitees haben die Leute offensichtlich überzeugt. Die Schule soll sich in ruhigen Bahnen entwickeln können und lenkbar bleiben. Die Diskussionen über Inhalte, Didaktik, Lektionentafeln sollen aus fachlicher Sicht, breit und fundiert geführt werden. Die Qualität in der Schule muss oberste Priorität haben. Die Schülerinnen und Schüler stehen dabei im Zentrum. Um sie geht es. Um ihre ganzheitliche Förderung und Bildung. Aber auch um Lehrpersonen und Schulleitungen. Bei der Ausarbeitung der Lehrpläne werden sie miteinbezogen. Gut, dass dies weiterhin so bleibt.

## Umstellung braucht Zeit

So weit, so gut. Aber auch der Lehrplan 21 ist weder perfekt noch ein Allerweltsmittel, um den Herausforderungen im Schulalltag zu begegnen. Mit der Ausrichtung auf die Kompetenzorientierung werden «Wissen und Können» explizit verbunden. Die Auswahl der passenden Inhalte ist anspruchsvoll. Dazu braucht es geeignete und rechtzeitig vorliegende Lehrmittel. Die kompetenzorientierte Beurteilung wird wie jede Beurteilungsform zu Diskussionen zwischen Lehrpersonen und Eltern führen. Die Umstellung darauf braucht Zeit. Bildung Bern setzt sich weiterhin für eine praxistaugliche Umsetzung ein.

Lehrpersonen brauchen gute Rahmenbedingungen und Zeit für die Umsetzung. In ihrer Arbeitszeit von 1930 Stunden pro Jahr für ein 100-Prozent-Pensum muss die Einführung des Lehrplans 21 umgesetzt werden können. Überzeit wegen Reststrukturierungen können die Lehrpersonen bekanntlich nicht einfordern. Neben den Herausforderungen des ganz normalen Schulalltags ist die Überführung des Lehrplans 21 in den Schulalltag eine grosse Leistung. Die Umsetzung des Lehrplans 21 kann nur gelingen, wenn nicht – wie vom Grosse Rat beschlossen – noch weitere Lektionen gespart werden. Und wenn die Lehrpersonen Zeit, Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume erhalten und nutzen. Bildung Bern macht sich stark dafür! ☺